

Aus dem Gemeinderat vom 15.12.2009

Haushalt 2010

Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 15.12.2009 die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das kommende Jahr beschlossen.

Die wichtigsten Daten des Haushaltsplans 2010 sind in einer Kurzfassung wie folgt dargestellt. Nachfolgend sind die Haushaltsreden der Fraktionen abgedruckt.

Haushaltsplan 2010

Verwaltungshaushalt	11.327.300 €
Vermögenshaushalt	2.090.600 €
Gesamthaushaltsvolumen	13.417.900 €

Schuldenstand pro Einwohner am 31.12.2010 238 €/EW

Stand der Rücklagen am 31.12.2010 469.000 €

Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt 2010 in T€

Einnahmen		Ausgaben	
Grundsteuer	585	Personalausgaben	2.736
Gewerbesteuer	510	Unterhaltung Gebäude, Anlagen	379
Einkommensteuer	1.585	Bewirtschaftungskosten, Mieten	396
Umsatzsteuer, Sonst. Steuern	202	Verwaltungs- und Betriebsausgaben	937
Familienleistungsausgleich	148	Geschäftsausgaben, Steuern	292
Schlüsselzuweisungen	1.663	Zuweisungen und Zuschüsse	256
Gebühren, Holzverkauf	2.041	Erstattungen, Innere Verrechng.	1.329
Verwaltungs-/Betriebseinnahmen	356	Gewerbesteuerumlage	102
Erstattungen, Innere Verrechng	1.234	Finanzausgleichsumlage	950
Zuweisungen, Zuschüsse	536	Kreisumlage	1.326
Finanzeinnahmen	170	Zinsen, Sonstiges	60
Zuführung vom VmH	0	Zuführung zum VmH	267
Kalkulatorische Einnahmen	2.297	Kalkulatorische Ausgaben	2.297
Gesamteinnahmen	11.327	Gesamtausgaben	11.327

Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt 2010

Einnahmen		Ausgaben	
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	267	Grunderwerb	4
Veräußerung Vermögen	95	Bewegliches Vermögen	261
Beiträge	10	Baumaßnahmen	1.567
Zuweisungen	430	Investitionszuschüsse	206
Kreditaufnahmen	0	Kredittilgungen	52
Entnahme aus Rücklage	1.288	Zuführung an Rücklagen	0
Gesamteinnahmen	2.090	Gesamtausgaben	2.090

Die wichtigsten Investitionsmaßnahmen in 2010

Kläranlage Niederwiese	600.000 €
Sanierung Montana	204.000 €
Kindergarten Langenbrand, energetische Sanierung	190.000 €
Feuerwehrfahrzeug HLF Forbach	175.000 €
Landessanierungsprogramm Gausbach, Private Maßnahmen	170.000 €

Eigenbetrieb Gemeindewerke

Erfolgsplan	677.200 €
Vermögensplan	247.700 €

Unternehmensergebnis

Jahresgewinn 59.500 €

Schuldenstand/EW zum 31.12.2010

375 €

Investitionen

Erneuerung Leitungsnetz im Rahmen der Sanierung der Luisenstraße	95.000 €
Planungsrate zur Optimierung des Wassernetzes	13.000 €
Sanierung von Wasserleitungen	15.000 €

Haushaltsrede der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, die Beratung zum Gemeindehaushalt 2010 findet in wirtschaftlich schwierigen Zeiten statt. Seit dem 2. Weltkrieg haben wir uns, von kleinen Ausnahmen einmal abgesehen, an eine Zeit zunehmenden Wohlstands und des Wachstums gewöhnt. Nun sind wir erstmals mit einem nie erwarteten Rückgang des Bruttoinlandprodukts (BIP) konfrontiert. Das hat auch gravierende Einflüsse auf unseren Gemeindehaushalt und dessen Leistungsfähigkeit und verlangt auch viel von den Bürgern ab.

„Wir haben seit einer ganzen Reihe von Jahren nicht in einer so ernsten Periode in der Welt gelebt wie wir jetzt leben. Ich glaube verpflichtet zu sein, Ihnen zu sagen wie ernst die Lage ist. Es sieht sehr ernst aus“.

Dies war kein aktuelles Zitat, sondern es stammt aus dem Jahr 1957, und es war eine Aussage des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer.

Dieser Satz könnte auch gut in unsere Zeit passen.

Meine Damen und Herren,

nicht nur Bund und Länder verschulden sich in einem nie vorstellbaren Ausmaß, sondern auch viele Kommunen müssen Schulden machen oder gewaltig ihre Leistungen einschränken. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die so genannten 5 Weisen, spricht von einem dramatischen Einbruch in der Wirtschaftsleistung. Der Rat rechnet für die 2. Hälfte 2009 und für 2010 zwar mit einem leichten Aufwärtstrend. Aber dennoch ist insgesamt für 2009 mit einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts (BIP) in Höhe von 5 % zu rechnen. Eine leichte Erholung für 2010 prognostiziert er mit 1,6 % Zunahme. Überwiegend ist die Situation dennoch schlecht, es besteht kein Anlass zur Euphorie. Und ob der Arbeitsmarkt, mit seinen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte, im kommenden Jahr zumindest so stabil bleibt wie derzeit, ist ebenfalls mit einem Fragezeichen zu versehen. Wir müssen wie die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung davon ausgehen, dass uns „die volle Wucht der Auswirkungen der Krise erst im nächsten Jahr erreichen wird“.

Die jetzige Krise ist in ihrem Ausmaße größer als die Weltwirtschafts-Krise von 1929. Sie bewirkt aber nur deshalb nicht die fatalen Wirkungen von damals, weil es länder- bzw. staatsübergreifend die gleichen Erkenntnisse und Einschätzungen und daraus resultierend gemeinsame Lösungen und Reaktionen gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
auch die Gemeinde Forbach musste reagieren. In seiner Klausurtagung hat der Gemeinderat die für 2010 geplanten Ausgaben um 400.000 € reduziert. Alle Bereiche müssen Kürzungen verkraften. Nur so lässt sich ein verantwortungsbewusster Plan für 2010 erstellen, der keine neuen Schulden macht. Da sind wir vorbildlich!!

Das können wir aber auch nur deshalb, weil wir in der Vergangenheit immer mit Augenmaß gehandelt haben.

Wir haben ein solides Polster gebildet, von dem wir im Jahre 2010 leben können.

Wir werden dennoch 2010 und 2011 eine Durststrecke durchwandern müssen.

Neue Schulden können nur der allerletzte Ausweg sein, und wenn, dann nur wenn sie nachhaltig sind.

Wir alle haben die Pflicht, der Prinzipien der Nachhaltigkeit und

Generationengerechtigkeit auch in schwierigen Zeiten Rechnung zu tragen.

Die Krise zwingt uns nachzudenken. Sie zwingt uns zu überdenken, was wir uns in Zukunft noch leisten können. In Zukunft werden wir uns aber immer öfter fragen müssen, was wir uns noch leisten können, leisten sollten und müssen.

Existentielle Fragen werden wir beantworten müssen:

Können wir uns alle Einrichtungen noch 4- oder 5-fach leisten?

Können wir uns Dinge leisten, die sich Nachbargemeinden nicht mehr leisten können?

Können wir von unseren Bürgern Verzicht auf bestimmte Einrichtungen verlangen oder schwächt eine Auflösung einer Einrichtung unsere dezentrale kommunale Struktur?

Meine Damen und Herren, zurzeit treffen sich die Regierungschefs in Kopenhagen um ein Klimaabkommen zu verabschieden. Das Problem der Klimaerwärmung ist eigentlich ein noch viel größeres als das jetzige Wirtschaftsproblem, nur tritt es erst in ein paar Jahren gravierend zutage.

Auch die Gemeinde Forbach muss deshalb auf die globale Erwärmung reagieren, wenn wir generationengerecht uns verhalten wollen.

Durch den Austausch unserer Leuchtmittel in der Straßenbeleuchtung auf Energiesparlampen, die Stromerzeugung in den Gemeindewerken durch die Wasserkraft, die energetische Sanierung vieler öffentlicher Gebäude wie Schule, Kindergarten, tragen wir dazu bei, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Forbach muss unterm Strich mehr umweltfreundliche Energie erzeugen. Hier sollten wir aber weiterhin Vorbild als Kommune sein, und uns intensiv Gedanken machen über die Installation von Fotovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden. Denn wenn wir die Sonnenstunden Forbachs durch die neu installierte Webcam positiv darstellen, sollten wir auch überprüfen, ob wir nicht auch Solar-Strom erzeugen können, um damit einen weiteren Beitrag für den Klimaschutz zu leisten. Die Dachflächen auf der Sporthalle, der Schule und auf der Murghalle wären ideale Standorte, die bei der jetzigen Kostensituation auch einen guten Ertrag liefern würden. Konkrete Vorschläge werden von unserer Seite folgen. Bis 2015 muss Forbach einen guten Platz in der Solar-Bundesliga anstreben.

Um dem demographischen Wandel entgegenzutreten, ist es für uns sehr wichtig an einer Realisierung des Gewerbegebietes Wolfsheck engagiert weiterzuarbeiten.

Wenn auch zum heutigen Zeitpunkt noch viele offene Punkte in dieser Angelegenheit sich darstellen, so bietet sich uns hier doch die einmalige Chance ein Gewerbegebiet

zu realisieren um hier in der Region dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen, denn Arbeitsplätze sind ein wichtiger Baustein um Forbach als lebenswerte Gemeinde darzustellen. Wir hoffen, dass in Wolfsheck günstige Gewerbemöglichkeiten entstehen werden, die letztendlich sehr wichtig für die weitere Entwicklung Forbachs sein werden.

Dabei ist es uns wichtig, dass alle Beteiligten weiterhin gemeinsam in einem Boot sitzen, gemeinsam rudern, um das Projekt konstruktiv und erfolgreich voranzubringen.

Hier nochmals ein herzliches Dankeschön an die Projektgruppe Wolfsheck, die hierbei ehrenamtlich sehr wertvolle Arbeit geleistet hat.

Auch BM Kußmann gilt es für seinen Einsatz zu danken. Er hat sich auch sehr viel für Wolfsheck eingesetzt und einiges auch im Stillen bewegt.

Die CDU-Fraktion und die CDU Forbach wird auch in Zukunft alle Möglichkeiten nutzen, um ihre Abgeordnete mit in das Projekt einzubinden, um für Wolfsheck zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Das Thema Ehrenamt genießt in unserer Gemeinde einen sehr hohen Stellenwert, sei es in der Vereins- und Jugendarbeit, oder beim Projekt Lebensqualität durch Nähe, bei dem einzelne Projektgruppen schon sehr Erfolg versprechend ihre Arbeit aufgenommen haben.

Wir können nur jeden Bürger Forbachs dazu ermutigen, sich in einer Projektgruppe zu engagieren, um dann gemeinsam das „Wir-Gefühl“ in der Gemeinde zu stärken, um so die kommenden Herausforderungen zu bewältigen.

Und nun zu den wichtigsten Punkten im Etat 2010:

Der vorliegende Haushaltsplan 2006 hat ein Gesamtvolumen von 13,4 Mio. Euro. Die Einnahmen und Ausgaben betragen im Verwaltungshaushalt 11,3 Mio. Euro, der Vermögenshaushalt beläuft sich auf immerhin fast 2,1 Mio. Euro.

Die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes werden wie immer geprägt von der Einkommenssteuer (1,6 Mio.), von den Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 1,4 Mio. Euro und von der Gewerbesteuer (510 Tsd.). Bei der Gewerbesteuer schließen wir uns gerne der Verwaltung an und hoffen wir auf Nachzahlungen für das Jahr 2008.

Die CDU steht hinter der Anhebung der Grundsteuer A auf 1300 Punkte, obwohl es da von anderer Seite Zweifel über die Rechtmäßigkeit gibt.

Unser Wald ist in Zeiten, wo viele andere Einnahmen sich teilweise dramatisch verringern, hoffentlich ein zuverlässiger Garant für einen Verdienst von 260.000 Euro. Hoffen wir, dass nicht ein Orkan uns einen Strich durch die Rechnung macht.

Der Wald ist unsere Spargbüchse schlechthin. Keine weitere Gemeinde unseres Landkreises hat einen solchen Schatz. Den Verdienst aus dem Wald müssen wir nicht mit anderen teilen, wie z.B. die Gewerbesteuer.

Der Rohstoff Holz wird auf lange Zeit immer wertvoller werden, sei es als Brennstofflieferant oder als Rohstoff für Papier oder als Baustoff. Die CDU-Fraktion ist dafür, künftig, wenn Heizanlagen saniert werden müssen, diese durch ökologisch sinnvolle Anlagen zu ersetzen, die entweder mit Hackschnitzel oder Pellets betrieben werden. Im Rathaus soll dies 2010 geschehen, die Schule und die Sport- und Schwimmhalle sollten folgen, denn als Gemeinde, die finanziell vom Wald profitieren möchte, müssen wir als gutes Beispiel vorgehen und dadurch andere Kommunen und Privatpersonen animieren.

Die Personalkosten sind mit mehr als 2,7 Mio. Euro bei den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes der größte Posten. Das sind ca. 24 %.

Die CDU-Fraktion möchte wissen, wie wir im Vergleich mit anderen Kommunen liegen. Insgesamt erwirtschaftet der Verwaltungshaushalt aber erfreulicherweise einen Überschuss von 273 Tsd. Euro. Das ist übrigens fast der Betrag, den wir im Wald verdienen wollen.

Diese Summe dient dazu, investieren zu können. Sie reicht aber bei weitem nicht aus, denn wir müssen auch kräftig in unsere Spargbüchse, die Rücklagen greifen, und dort 1,2 Mio. Euro entnehmen, so dass wir letztlich mehr als 1,5 Mio. Euro investieren werden können.

Wir investieren z. B. 215.000 Euro, weil wir im Rahmen des Konjunkturprogramms für den Kindergarten Langenbrand und für das Rathaus Bermersbach 138.000 Euro erhalten.

Meine Damen und Herren, um unseren Haushalt 2010 werden uns einige Gemeinden beneiden. Die Frage sei deshalb erlaubt:

Welche andere Gemeinde hat nur eine 238-Euro-Pro-Kopfverschuldung?

Der Haushalt bringt zwar für uns Bürger und unsere Einrichtungen Verzicht mit sich, aber er ist unterm Strich ein guter Haushalt, denn er lässt uns einen Handlungsspielraum, wenn unvorhergesehene Dinge passieren sollten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen globalen Probleme denken wir ist es gelungen mit dem heute vorgelegten Etat angemessen zu reagieren.

Es ist ein Etat des Verzichts, aber auch der Weitsicht.

Es ist ein Haushaltsplan, der auf die Wirtschaftskrise reagiert, der aber in den künftigen Plänen noch mehr auf die globalen Probleme wie Weltwirtschaft und Erwärmung reagieren muss.

Die Gemeindewerke geben erneut Anlass zur Freude. Nach Abzug der Steuern wird ein Gewinn in Höhe von 60.000 Euro erwartet. Die Erzeugung von Strom ist erneut besonders rentabel und auch beim Wasser arbeitet man kostendeckend. Wie in den letzten Jahren stellt sich uns auch diesmal wieder die Frage, wie vermieden werden kann, dass man so viel Steuern – nämlich 21.000 Euro – zahlen muss.

Wäre es sinnvoll mehr zu investieren?

Investieren etwa in Solarenergie, wie zu Beginn angesprochen, oder Sanierung unserer Wasser-Kraftwerke?

Wir denken, darüber sollten wir Überlegungen anstellen.

Wir danken Ihnen, Herr BM Kussmann, Herr Spinner und Ihren Finanz-Mitarbeitern für die frühzeitige und sehr detaillierte Erstellung dieses Haushaltsplanes, wir alle hoffen, dass er sich so verwirklichen lassen wird.

Wir danken auch allen anderen Beschäftigten der Gemeinde Forbach, die im Jahre 2009 mit viel Einsatz und Anstrengungen für unsere Gemeinde gearbeitet haben.

Stellungnahme der FWG-Fraktion zum „Haushaltsplan 2010“ der Gemeinde Forbach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kußmann, meine Damen und Herren!
Von der Finanzmarktkrise haben wir uns noch lange nicht erholt, auch wenn die Bundesregierung nach dem drastischen Konjunkturunbruch 2009 mit einer Erholung Mitte 2010 rechnet. Die Schulden des Bundes, der Länder und der Gemeinden wachsen und wachsen. Die Staatsschulden werden Ende des Jahres 1655 Milliarden Euro betragen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen, denn die Schulden, die der Staat heute machte, müssen wir oder unsere nachfolgenden Generationen später in Form von Steuern zurückzahlen. Wenn man bedenkt, dass die Bürger schon heute über Gebühr belastet sind stellt sich die Frage, wie das in Zukunft weitergehen soll. Die Mandatsträger in Bund, Ländern, Kreisen und Gemeinden sollten aber in ihren Entscheidungen mit Bedacht vorgehen. Nicht alles was heute erfolgsversprechend aussieht, muss in der Zukunft von Erfolg gekrönt sein. Ich denke hier insbesondere an die von vielen Fachleuten in vielen Bereichen angeforderte Bereitschaft zur Privatisierung in Bereichen, in welchen heute noch die öffentliche Hand Träger ist. Ich erinnere erneut an das cross border leasing; gut, dass wir auf diesen Zug nicht aufgesprungen sind. Aktuell sind derzeit Überlegungen, Krankenhäuser an private Betreiber zu veräußern.

Die Kommunen haben keine oder kaum Gestaltungsmöglichkeiten. Angesichts der angespannten öffentlichen Finanzen muss Haushaltsdisziplin eine Selbstverständlichkeit sein; etwas das in Forbach schon seit vielen Jahren auch so gehandhabt wird. Von dieser Haushaltsdisziplin der vergangenen Jahre können wir heute partizipieren. Durch die Rücklagen, welche wir haben, voraussichtlich 1.75 Millionen Euro am 01.01.2010, müssen wir keine Schulden machen und können das absolut Notwendige aus dieser Rücklage bezahlen. Dies ist vielen anderen Kommunen nicht mehr möglich. Ihre Handlungsfähigkeit ist nur durch neue Schulden noch möglich.

Wir hatten in diesem Jahr Kommunalwahlen und einige Räte an diesem Tisch sind neu im Gremium. Entscheidungen in einem Gemeinderatsgremium zu fällen, wenn die Kassen voll und alle notwendigen Investitionen, Großprojekte angegangen und die Wünsche der Bürger erfüllt werden können sind leicht. Die Bürgerinnen und Bürger sind mit der Arbeit der Gemeinde und der gewählten Bürgervertreter zufrieden. In der jetzigen Zeit ein kommunalpolitisches Ehrenamt auszuüben ist um ein vielfaches schwieriger. Es müssen unpopuläre Entscheidungen getroffen werden; Gebühren werden erhöht und erhöht und dem Bürger wird immer tiefer in die Tasche gegriffen.

Mit welcher Überschrift könnte man den Haushalt der Gemeinde Forbach für das Jahr 2010 versehen? Ich würde sagen: „In Forbach regiert der Rotstift!“ Von welchen Begriffen ist der Haushalt gekennzeichnet? Vom Streichen, vom Schieben und vom Kürzen und auch von der Bitte um Verständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern dafür, dass lang ersehnte Maßnahmen ein weiteres Mal geschoben werden, dass lieb gewonnene Einrichtungen u. U. geschlossen werden müssen, oder dass beispielsweise Zuschüsse an Vereine im kommenden Jahr geringer ausfallen. In der Klausurtagung des Gemeinderates mit der Verwaltung wurde über alle Punkte hart und kontrovers diskutiert; letztendlich hat man sich aber auf eine gemeinsame Linie geeinigt. Denn nur gemeinsam werden wir in stürmischen Zeiten den Gemeindedampfer auf Kurs halten.

Verwaltungshaushalt

Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind zum einen massive Ausfälle bei der Einkommenssteuer, wo eigentlich eine Steigerung prognostiziert wurde und nunmehr mit noch weiteren Rückgängen in 2010 gerechnet werden muss. Zum anderen geringere Schlüsselzuweisungen durch das Land. Die Schlüsselzuweisungen stellten im letzten Haushalt noch den größten Einnahmeposten im Verwaltungshaushalt dar. Die Schließung von Wolfheck ist hier immer noch zu spüren. Die geringeren Schlüsselzuweisungen hängen direkt mit den geringeren Gewerbesteuererträgen des Jahres 2007 zusammen, deshalb muss es das Bestreben der Verwaltung und des Gemeinderates sein, neues Gewerbe anzusiedeln. In diesem Jahr hat sich der neue Besitzer des Wolfheck-Areals im Gemeinderat vorgestellt und seine Bereitschaft signalisiert auf dem Gelände Gewerbe anzusiedeln. Im Hinblick darauf, dass die Gemeinde aufgrund der topographischen Gegebenheiten keine Möglichkeiten hat Gewerbefläche auszuweisen, wird die FWG-Fraktion bei Vorlage guter Konzepte im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Pläne des Besitzers positiv begleiten. Mit der Aufstellung des Bebauungsplans, dem Gespräch im Wirtschaftsministerium und dem Scopingtermin hat die Gemeinde die richtigen Schritte unternommen. Nun gilt es, die von den Fachbehörden geforderten Untersuchungen und Besprechungen schnellstmöglich weiterzuführen. Die Ansiedlung von Gewerbe in der Industriebranche Wolfheck wäre eine Verbesserung, nicht zuletzt auch für ortsansässige Gewerbetreibende die Gewerbefläche suchen. Wir sehen auch Chancen für neue und innovative Geschäftsideen. Es könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden und vielleicht ist dies auch eine Chance für den Zuzug junger Familien in unser lebenswertes Forbach.

Der Gemeinderat hat sich mehrheitlich entschlossen die Ausfälle bei den Steuern zumindest teilweise durch die Anhebung der Grundsteuer A auszugleichen. Ein hiervon betroffener Waldbesitzer will diese Erhöhung im Zusammenhang mit dem bestehenden Vertrag jedoch gerichtlich prüfen lassen.

Hilfe bei sinkenden Steuereinnahmen und geringeren Schlüsselzuweisungen kam immer durch gute Holzerlöse. Nach wie vor können wir als walddreiche Gemeinde froh sein, dass die Holzpreise auf einem recht guten Niveau sind, zwar nicht mehr so hoch wie vor 2 oder 3 Jahren, aber doch noch so gut, dass wir auch im kommenden Jahr mit einem Überschuss von € 260.000,00 bei Gesamteinnahmen aus dem Fortbetrieb i.H.v. fast 1,3 Mill. Euro rechnen können. Unser Nochministerpräsident Günther Oettinger verkündete jüngst, dass 42 % aller Wälder im Südwesten deutlich geschädigt sind. Der Klimawandel bedroht die Wälder. Steigende Trockenheit und die Zunahme von Unwettern lassen hohe volkswirtschaftliche Schäden befürchten. Hier gilt es heute schon jene Baumarten zu pflanzen, welche sich am besten dem Klimawandel anpassen oder trotzen können. Eine schwierige Aufgabe für unsere Forstfachleute und Förster, denen wir an dieser Stelle ein Dankeschön für ihre hervorragende Arbeit aussprechen wollen. Der Wald der Gemeinde Forbach ist in guten Händen.

Der größte Ausgabenposten im Verwaltungshaushalt sind die Personalkosten, die im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig zurückgegangen sind. Einsparungspotenzial sehen wir als FWG-Fraktion jedoch nicht, zeigt doch die Personalentwicklung in den vergangenen 20 Jahren einen steten Rückgang bei ungefähr gleich bleibenden Kosten auf. Die Einführung der Leistungszulage, wenn auch mit zusätzlichen Kosten verbunden, sehen wir als positiv an; die Motivation der Beschäftigten wird dadurch geweckt.

Bei der Klausurtagung haben wir uns geeinigt bei der Unterhaltung von Gebäuden und Wegen den Rotstift anzusetzen. Aufgrund der geringen Nachfrage werden auch zum Leidwesen des Ortsteiles Gausbach derzeit keine weiteren Planungen für das Baugebiet „Wilder Birnbaum“ durchgeführt und dadurch auch Kosten eingespart. Die FWG-Fraktion regt im Zusammenhang mit dem Verkauf gemeindeeigener Bauplätze an junge Familien an, pro Kind einen noch zu bestimmenden Gemeindegutschein zu gewähren. Es wäre ein Versuch wert, dem steten Einwohnerrückgang entgegen zu wirken. Neben dem herausragenden Angebot in den Kindergärten unserer Gemeinde wäre es vielleicht ein Schmankerl, welches Forbach für junge Familien interessant macht. Die FWG-Fraktion sieht in diesem Zusammenhang weiteren Handlungsbedarf in einer möglichen Verödung unserer älteren Wohnbebauung. Wir bitten die Verwaltung im Zusammenhang mit älteren Wohnanwesen zu prüfen, ob seitens der Gemeinde unter noch näher festzulegenden Voraussetzungen Zuschüsse beim Erwerb älterer Anwesen insbesondere in den zentralen Lagen unseres Kernortes und der Ortsteile gewährt werden können.

Allen Sparmaßnahmen zum Trotz wird die Gemeinde auch im Jahr 2010 die Beteiligung an der Schülerbeförderung i.H.v. € 25.000,00 übernehmen. Wie Sie, Herr Bürgermeister Kussmann in Ihrer Haushaltsrede bereits gesagt haben, wird man sich im kommenden Jahr über dieses Thema jedoch unterhalten müssen.

Im laufenden Haushalt konnte eine hohe Zuführung an den Vermögenshaushalt erwirtschaftet werden; auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten geht die Verwaltung im Haushaltsentwurf 2010 davon aus, dass eine Zuführungsrate von € 273.000,00 erwirtschaftet werden kann.

Vermögenshaushalt

In den vergangenen Jahren hat ein Großteil unserer Haushaltsreden der Vermögenshaushalt eingenommen. Im Angesicht der geringen Investitionsmöglichkeiten wird über den Vermögenshaushalt nicht so viel zu sagen sein. Vieles wäre wünschenswert und auch dringend notwendig, alleine es fehlt das Geld.

Das Wichtigste zuerst, die Gemeinde Forbach plant keine neuen Kreditaufnahmen. Dies ist zum einen nur durch sparsames Haushalten und zum anderen durch Entnahmen aus der Rücklage möglich. Glücklicherweise die Kommunen, die auf solche Rücklagen zurückgreifen können. Während wir im laufenden Jahr keine Entnahmen aus der Rücklage tätigen mussten, müssen im Haushalt 2010 die Investitionen des Vermögenshaushalts im Wesentlichen aus Rücklagenmitteln finanziert werden. Es ist eine Entnahme von € 1.280.500,00 notwendig. Dies würde bedeuten, dass der Stand der Rücklagen am 31.12.2010 € 469.000,00 betragen würde. Bei einer gesetzlichen Mindestrücklage von € 235.000,00 stünden im Jahre 2011 nur noch ca. € 230.000,00 aus der Rücklage für Investitionen zur Verfügung, wenn nicht eine andere Geldquelle anfängt zu sprudeln. Ich befürchte, dass wir uns bei den Beratungen über den Haushalt 2011 noch wärmer anziehen müssen, als in diesem Jahr.

Geplant sind im Jahre 2010 die weitere Sanierung der Kläranlage Niederwiese (für 2011 sind weitere Investitionen geplant, eine entsprechende Verpflichtungserklärung über € 510.000,00 ist in diesem Haushalt schon eingestellt), der letzte Bauabschnitt in unserem Montana (wodurch dieses wieder zu einem echten Schmuckstück wird), u.a. energetische Maßnahmen am Kindergarten Langenbrand, der Kauf eines

Tanklöschfahrzeuges für die Kameraden der freiwilligen Feuerwehr, Förderung privater Maßnahmen im Landessanierungsprogramm Gausbach sowie erste Maßnahmen zu einer Neugestaltung der Ortsdurchfahrt Langenbrand. Alles Maßnahmen die von den Vertretern der FWG-Fraktion mitgetragen werden. Allerdings ist dies nur ein Minimum dessen was notwendig ist. Aufgeschoben ist jedoch nicht aufgehoben.

Seit Jahren begleitet uns die kontrovers geführte Diskussion um die Sportstättensituation in Forbach, die für alle sporttreibenden Vereine unzureichend ist. Die Gemeinde und der Gemeinderat haben vor Jahrzehnten die Chance verpasst, als es sicherlich noch finanzierbar gewesen wäre, ein Gesamtkonzept umzusetzen. Heute sind wir finanziell hierzu nicht mehr in der Lage. Aus diesem Grunde müssen wir mit der bestehenden Sporthalle unter Einbeziehung der Festhallen das Bestmögliche aus der Situation herausholen und allen gerecht werden. Die FWG-Fraktion würde auch eine Schließung des Hallenbades schweren Herzens mittragen. Das Bad ist in die Jahre gekommen; große Investitionen müssten durchgeführt werden, um es auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. Durch eine Schließung des Bades und die dadurch mögliche Einrichtung einer zusätzlichen Gymnastikhalle könnte eine Entspannung bei der Hallenbelegung erreicht werden. Dass dies nicht den Wünschen der sporttreibenden Vereine entspricht ist uns sehr wohl bewusst. Die bisher erstellten Konzepte für einen großen Hallenumbau oder gar Neubau sind ja vorhanden. Wenn sich die finanzielle Situation der Gemeinde wieder verbessert, muss man dieses Thema umgehend angehen.

Erst in den vergangenen Tagen wurden die Gemeinden durch Agrarminister Hauck aufgefordert Kooperationen untereinander einzugehen. Die Gemeinden Weisenbach und Forbach haben hierzu schon den ersten Schritt getan bei dem gemeinsamen Häckselplatz auf dem ehemaligen Stora-Enso-Gelände. Auch im Hinblick auf eine Werkrealschule haben bereits beide Gemeinden und ihre Gemeinderatsgremien ihre Bereitschaft zu einer Kooperation signalisiert. Dieses Thema mit seiner mittlerweile bekannten Problematik hinsichtlich der Gernsbacher Schüler, und u.U. mit der Einrichtung einer Außenstelle der Realschule Gernsbach im hinteren Murgtal, bedarf jedoch noch eingehender Diskussionen und Vorsprachen der betroffenen Gemeinden, auch von Ihnen Herr Kußmann, beim Kultusministerium. Es ist einfach nicht hinnehmbar, dass unsere Kinder in der Gernsbacher Realschule in Containern unterrichtet werden, während die Forbacher und Weisenbacher Schulen Raumkapazitäten frei haben. Die FWG und die Elternschaft wird Sie hierbei mit Sicherheit im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

Gemeindewerke

Die Verwaltung rechnet mit einem positiven Betriebsergebnis bei den Gemeindewerken, was insbesondere durch die Stromerlöse erreicht wird. Erneut mussten wir die Wassergebühr erhöhen. Der Preis beträgt nunmehr € 1,82, und dies obwohl wir erst im vergangenen Jahr den Wasserpreis von € 1,42 auf € 1,73 erhöhen mussten. Kostendeckung ist hierbei das Schlagwort. Treffen tut es jedoch die Bürger der Gemeinde.

Was nützt jedoch wehklagen und lamentieren. Es heißt in die Hände zu spucken und die Herausforderungen anzunehmen. Die engagierten Bürgerinnen und Bürger in der SPES-Gruppe haben ein tolles LOGO entworfen und in jedem Ausschuss bringen sie sich mit sehr guten Ideen ein. Die Projektgruppe Wolfsheck ist inzwischen für ihr

unglaubliches Engagement weit über Forbach hinaus bekannt. Solange wir solche Idealisten in Forbach haben, die sich für das Wohl von Forbach so einsetzen, sollten auch wir im Gemeinderat diese positive Kraft entfalten. Wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, wird Forbach auch diese schwierige Haushaltssituation meistern.

Die FWG-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 und dem Haushaltsplan der Gemeindewerke zu. Wir bedanken uns bei Ihnen Herr Bürgermeister Kußmann, für das vorgelegte Zahlenwerk. In diesen Dank möchten wir Sie Herr Spinner und ihr Team von der Finanzverwaltung, einbeziehen. Insbesondere auch in Kenntnis dessen, dass Sie mit ihren Mitarbeitern in der kommenden Zeit noch eine weitere Herausforderung zu meistern haben. Schließlich muss auch die Gemeinde Forbach bis zum Jahre 2016 das neue Haushaltsrecht Doppik eingeführt haben.

Haushaltsrede der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kußmann, meine werten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, meine sehr verehrten Damen und Herren, über Zahlen in einer Haushaltsrede zu sprechen, macht eigentlich keinen Sinn. Sie sind durch das Einbringen des Haushaltes zum ersten Mal veröffentlicht worden und spätestens seit dort auch bekannt. In der Vorbereitung zur heutigen Sitzung sind sie mehrfach diskutiert worden und finden heute ihre Verabschiedung. Die Bürgerinnen und Bürger, die mehr Interesse an dem umfassenden Werk „Haushaltsjahr 2010“ hatten, konnten sich natürlich entsprechend informieren. Nur wenige werden es getan haben.

Viel wichtiger ist es zu wissen, welche politische Motivation hinter der einen oder anderen Veränderung und Investition steht und wie die politischen Sichtweisen für die weiteren Entwicklungen sind. Wir sprechen von einem Sparhaushalt. Das Interesse an seiner Umsetzung ist eventuell größer als sonst, da Sparen auch Verzicht bedeutet. Sparen und Verzicht – auch Wörter, die den Zustand unserer derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Situation deutlicher machen und etwas genauer bezeichnen.

Selbst das Besinnliche und das Friedliche der Adventszeit schaffen es nicht, die besonders schlechte Situation der deutschen Wirtschaft auf ein erträgliches Maß zu bringen. Zwar erfreut sich der Handel über ein gutes Weihnachtsgeschäft, aber die Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert und planen vor allem größere Veränderungen und damit verbundenen Investitionen nur sehr zurückhaltend und vorsichtig. Die Belastungen werden insgesamt immer höher, aber die Haushaltseinkommen gehen eher nach unten. Kurzarbeit und die Streichung von Zulagen schmälern die Einnahmen. Die Ungewissheit, wie es mit der Firma und dem Job weitergeht, plagt viele Menschen. Und dies nicht nur seit heute.

Sind Hoffnungsschimmer am Horizont erkennbar?

„Die Industrie erreicht die Talsohle der Krise“, so eine Schlagzeile aus der Presse, die Mut machen kann und muss. Zumindest in und für Baden-Württemberg. Denn unsere Industrie rechnet derzeit mit einer deutlichen konjunkturellen Erholung. Diese positive Perspektive soll durch eine verstärkte Auslandsnachfrage bestätigt sein.

Eine gute Nachricht. Ihr folgen aber wieder viele schlechte Nachrichten, die den Glauben an eine Besserung nicht unbedingt verstärken. Zum Beispiel, dass die Anzahl der Insolvenzen in unserem Bundesland im Vergleich zu den Vorjahren eine absolute Höchstzahl erreicht hat.

„In der gegenwärtig noch immer anhaltenden Situation extrem großer Unsicherheiten sei eine quantitative Prognose für das nächste Jahr derzeit nicht sinnvoll“, so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Warum eine solch vorsichtige Aussage eines namhaften Institutes? Keiner weiß im Grunde genommen, wie es wirklich weiter geht! Die Unsicherheit schwebt damit weiter über uns und wir können in vielen Dingen nur noch von heute auf morgen planen.

So geht es auch unserem Gemeindehaushalt. Das kommende Haushaltsjahr 2010, das am heutigen Abend im Mittelpunkt steht, und das Haushaltsjahr 2011 werden Sparhaushalte sein. Und ob die Jahre 2012 und 2013 bessere Jahre sein werden, weiß noch keiner. Herr Spinner als unser Kämmerer beschreibt dies im Haushaltsplan wie folgt sehr vorsichtig: „Die zukünftigen Zuführungsraten, insbesondere 2012 und 2013, stehen aber unter dem Vorbehalt guter Holzerlöse und einer wirtschaftlichen Gesamtentwicklung, die zu den kalkulierten Einkommenssteueranteilen und Schlüsselzuweisungen führt.“ Zitat Ende.

Im Klartext heißt dies: Abwarten was kommt! Also auch was die Zuweisungen betrifft, denn auch die Finanzkraft des Landes leidet derzeit erheblich.

Entsprechend leiten sich natürlich die Maßnahmen und Investitionsvolumen für das Haushaltsjahr 2010 mit ab. Und hierzu stehen uns im Vergleich zu 2009 2,0 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Aus zwei Gründen muss deshalb aber keine Panik ausbrechen:

1. Trotz Sparhaushalt bleibt die Gemeinde handlungsfähig und hat für unvorhergesehene Investitionen noch Spielräume frei.

Das Guthaben auf dem Sparbuch wird zwar größtenteils verfügt und damit werden die Rücklagen bis auf einen Grundstock aufgebraucht.

Als Positives bleibt: Wir müssen keine Schulden machen und der Haushalt wird damit nicht durch weitere Kreditaufnahmen mitfinanziert. Obwohl wir uns diese aufgrund einer sehr niedrigen Pro-Kopf-Verschuldung sogar leisten könnten. Wir könnten dann zwar in weitere Maßnahmen investieren, würden uns aber auf die noch unklare Finanzsituationen der nächsten Haushaltsjahre nicht richtig vorbereiten. Und wir haben in unseren Planungen Raum für mögliche kurzfristige Investments wie z. B. in den Ausbau zum Gewerbepark geschaffen.

Der zweite Grund, warum keine Panik ausbrechen muss ist, dass trotz der geringeren Zuweisungen und den geringen Gewerbesteuererträgen und der Notwendigkeit den Vermögenshaushalt und damit die Investitionen über die Rücklagen zu finanzieren, der Haushalt 2010 lebt und wichtige, größere Investitionen trotzdem möglich sind.

In Baumaßnahmen und in die Anschaffung von beweglichem Vermögen werden insgesamt 1.848 TDM investiert. Eine gigantische Summe, die hauptsächlich in

Sanierungsmaßnahmen, nämlich z. B. neue Technik in der Kläranlage Niederwiese, Gestaltung des Montanabades, energetische Verbesserungen des Gebäudes Kindergarten Langenbrand und in den Ausbau der Ortsdurchfahrten von Bermersbach und Langenbrand investiert werden. Maßnahmen, die dringlich und zum Großteil durch öffentliche Fördermittel teilweise gegenfinanziert sind.

Sparhaushalt heißt aber auch, dass alle Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Betriebe zusätzlich belastet und/oder auf gewohnte Förderungen verzichten müssen. Die Gebühren erhöhen sich teilweise und belasten die privaten Haushalte zusätzlich. Obwohl diese durch Preiserhöhungen wie z. B. für Strom, Benzin, Müllabfuhr bereits genug belastet sind. Damit die geforderten Kostendeckungsquoten erreicht und erfüllt sind, mussten wir die Gebühren entsprechend angleichen.

Die Vereine leisten eine perfekte Arbeit, deren Nutzen nicht mit Geld zu bezahlen ist. Die jährlichen Zuschüsse aus der Vereinsförderung wird es nächstes Jahr zum ersten Mal nicht geben. Eine Entscheidung, die richtig und notwendig, aber nicht einfach war. Als Bonbon hier: Andere Fördermöglichkeiten, wie z. B. die Bezuschussung beim Kauf von Musikinstrumenten und von Sportgeräten und die kostenlose Nutzung der Sporthallen werden weiter bleiben. Die Hallengebühren sind in anderen Städten und Gemeinden schon lange üblich.

Die Feuerwehr verzichtet vorläufig auf ein Fahrzeug und einige Haushaltsbudgets im Verwaltungshaushalt werden um 10 % reduziert.

Trotz aller Einschnitte, Negativschlagzeilen und Unsicherheiten darf die Weiterentwicklung und die Qualität unserer Gesamtgemeinde nicht blockiert werden. Und hier muss nicht unbedingt immer gleich ein Geldfluss oder eine hohe finanzielle Belastung für den Gemeindehaushalt stattfinden.

Zwei bedeutende Maßnahmen, die aus Sicht der SPD-Fraktion erhebliche Einflüsse auf die zukünftige Lebensqualität in und für Forbach haben werden und von uns mit initiiert waren, sind die Projekte „Lebensqualität durch Nähe“ und „Gewerbepark Wolfsheck“. Engagierte Bürgerinnen und Bürger sind kreativ und nutzen ihre Erfahrungen und Vorstellungen und die Beispiele Anderer, man muss das Rad ja nicht immer neu erfinden, um unsere Gemeinde und Heimat zukunfts- und wettbewerbsfähig und lebens- und liebenswert zu machen! Gelebte Energien und Ideenbörsen, denen man unbedingt Freiräume lassen muss und denen man nicht durch Autorität und ein permanentes Infragestellen der erbrachten Leistungen das Leben schwer macht und die Motivation zum Weiterarbeiten nimmt. Hierzu und hierbei sind Sie, Herr Bürgermeister, besonders gefordert.

Auch das Sportstättenkonzept, das nach dem Willen der SPD-Fraktion erneut diskutiert wurde und in seiner Entwicklung und Verwirklichung neue Wege finden wird, muss zulassen, dass die sporttreibenden Vereine ihre Ideen und Gedanken mit einbringen. Diese Ideen und Gedanken gleich im Keime ersticken zu wollen, macht keinen Sinn. In welchen Schritten und in welcher Form die Realisierung schlussendlich erfolgen soll, bleibt dem Gemeinderat vorbehalten.

Die Sporthalle ist in die Jahre gekommen und es ist deshalb richtig, die Sanierung der Sporthalle Forbach nach vorne zu treiben. Bauliche und energetische Mängel erfordern eine dringende Verbesserung der momentanen Situation. Der geschätzte

Investitionsstau – je nach Sanierungsvariante von bis zu 1,2 Millionen Euro - macht ungefähr deutlich, von welchem erheblichem Umfang wir hier sprechen. Die im Haushalt 2010 eingestellten Planungskosten geben Sicherheit, dass es weitergeht. Wir finden es gut, dass durch weitere Gespräche mit den sporttreibenden Vereinen die Frage nach Optimierungsmöglichkeiten in den Hallenbelegungen angegangen wird. Ideal wäre es, wenn diese Gespräche eine deutliche Verbesserung der Situation mit sich bringen würden. Wenn nein: Dann dürfen die langfristigen Planungen weiterer Alternativen nicht blockiert sein.

Bereits in der letzten Haushaltsrede forderten wir, dass bevor Neues geschaffen wird, die bestehenden Einrichtungen saniert werden. Hierzu erinnern wir, dass die Murghalle teilweise in einem erbärmlichen Zustand ist. Das Mobiliar ist zum Großteil kaputt, hier vor allem die Tische. Der Hallenboden löst sich in Teilbereichen mal wieder ab. Die Fenster sind beschädigt oder blind. Die Elektrotechnik veraltet und entspricht nicht mehr den aktuellen Vorschriften. Und, und, und: In die Murghalle muss damit dringend Geld investiert werden. Mit den Planungen sollten wir in 2011 beginnen. Warten verschlechtert die Situation drastisch, es wird immer teurer und die mangelhafte Technik stellt ein enormes Sicherheitsrisiko dar. Die Murghalle ist eine tickende Zeitbombe.

In schwierigen Zeiten wird gerne vieles auf den Prüfstand gebracht. Die derzeit schwierige Haushaltslage und die Bevölkerungsentwicklung, hier vor allem die demografische Entwicklung, fördern das Nachdenken und geben Raum für mögliche Überlegungen und Handlungsnotwendigkeiten, wie z.B. gemeindeeigene Einrichtungen zu schließen, Förderungen zu reduzieren oder gar zu streichen und gemeindeeigene Angebote und Dienstleistungen auf Dauer zu konzentrieren.

Die von den Veränderungen Betroffenen sehen sich benachteiligt, persönlich angegriffen und verlieren dabei leider oftmals den Blick für das Wesentliche und das Zumutbare und wollen für sich die Vorteile nicht erkennen und akzeptieren. Der Gemeinderat muss zu diesen Themen in 2010 Farbe bekennen und konkreter werden. Ein Prozess, der nicht mehr länger auf die lange Bank geschoben werden darf. In einer Sondersitzung des Gemeinderates im Sommer 2010 müssen hierzu die Möglichkeiten aufgezeigt und konkrete Entscheidungen getroffen werden. Themen wie Schließung des Hallenbades und von Kindergärten, Zusammenlegung der Feuerwehren, Einführung von Hallengebühren und andere Optimierungsmöglichkeiten müssen angesprochen werden. Ein „Tue mir nicht weh, dann tue ich dir nicht weh!“ darf es dann nicht geben. Ebenso „ein sich hinter dem Anderen verstecken!“ nicht.

Überdurchschnittlich subventionierte Angebote müssen kritisch untersucht werden, damit für andere dringlichere Maßnahmen und damit verbundenen Verbesserungen finanzieller Spielraum entstehen kann. Die Veränderungen der Zeit erfordern ein Verändern der Angebote durch die Gemeinde. Hierzu einige Beispiele, die nur mit mehr Geld zu finanzieren sind:

- Der Anteil der über 60-jährigen Menschen in unserer Gemeinde wird immer größer. In unserer Gemeinde bieten wir aber wenig Möglichkeiten, damit diese Menschen in kleinere, altersgerechtere Wohnungen umziehen können, bis hin, dass sie den Lebensabend auch als Pflegebedürftige in Forbach verbringen können. Hier fehlen in unserer Gemeinde die entsprechenden Angebote.

- Familienförderung: Hier kann ein weiteres Thema der beitragsfreie Kindergartenplatz sein. Ein Angebot, das wir aber erst dann anbieten können, wenn der Gemeindehaushalt Raum für solche Ausgaben lässt.

Eine höhere Akzeptanz und Nutzung der Ganztagschule bringt auch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinde mit sich.

Sollen Bauplätze für Familien günstig und durch die Gemeinde subventioniert sein, dann muss an anderer Stelle gespart werden.

- Arbeiten in Forbach: Die Chance, kleineres oder mittleres Gewerbe in Forbach anzusiedeln und damit Arbeitsplätze zu schaffen, hängt auch von den Rahmenbedingungen ab. Auch hier ist die Gemeinde gefordert und muss ihren Beitrag leisten.

Gerade die sehr guten Ideen und Umsetzungshinweise, die in den Projekten „Lebensqualität durch Nähe“ und „Gewerbepark Wolfsheck“ erarbeitet wurden, werden zukünftig im Gemeindehaushalt eine Umverteilung der Haushaltsmittel erfordern.

Zauberwort Interkommunale Zusammenarbeit: Auch hier muss geprüft sein, welche Möglichkeiten es gibt und wo es sinnvolle Ansätze für eine solche Zusammenarbeit ist. In der Praxis müsste es doch möglich sein, dass z. B. nur ein Hubsteiger für die Gemeinden von Gernsbach bis Forbach beschafft wird. Fortschritt bedeutet auch **mit** der Zeit gehen und nicht, mit der Zeit **gehen**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
die weitere Entwicklung bleibt spannend und es bleibt zu hoffen, dass wir in einem Jahr von besseren Rahmenbedingungen sprechen können. Zumindest was die Perspektiven angeht. Der Blick, unser Blick ist nach vorne gerichtet. Eine Veränderung des Blickwinkels ist aber jederzeit gewünscht und auch erlaubt. Die stetigen Blicke nach links und rechts helfen uns, um gemeinsam anzukommen und um festzustellen, was die anderen machen. Wir wissen, wohin wir wollen. Denn die Ziele sind bekannt und erreichbar. In diesem Sinne freuen wir uns auf das Haushaltsjahr 2010.

Die SPD-Fraktion möchte sich bei dem Leiter des Rechnungsamtes, Herrn Spinner, und seiner Mannschaft recht herzlich für die ausgezeichnete Vorbereitung, Darstellung und kompetente Erklärung des Haushaltes 2010 bedanken. Bedanken möchten wir uns auch bei Ihnen, Herr Bürgermeister Kußmann, bei ihren Ressortleitern und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die ausgezeichnete und kompetente Zusammenarbeit.

Die SPD-Fraktion stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung 2010 sowie dem Wirtschaftsplan der Gemeindewerke zu.

Friedhofssatzung wurde geändert

Die EU fordert Wettbewerbsgleichheit in allen Mitgliedsländern. Über die notwendigen Maßnahmen informierte Hauptamtsleiter Vogt den Gemeinderat. Vor allem geht es in Forbach um die Einrichtung einer Anlaufstelle und eines EDV-sicheren Postverkehrs. Alle Gemeindefestsetzungen kamen auf den Prüfstand. Geändert werden musste lediglich die Friedhofssatzung. Wettbewerbshemmende Vorschriften wurden den Normvorgaben entsprechend geändert. Für die Bürgerschaft gab es keine materiellen Änderungen, insbesondere bleibt die bisherige Gebührensituation unverändert.

Ein weiterer Jagdpächter für Langenbrand

Ohne Diskussionen stimmte der Gemeinderat der Änderung des bestehenden Jagdpachtvertrages zu. Ein weiterer Jagdpächter aus dem Raum Karlsruhe wurde zugelassen. Veränderungen gab es ansonsten am bestehenden Jagdpachtvertrag nicht.

Erneut kam auch die Jagdhütte im Gemeinderat ins Gespräch. Die alte bestehende Blockhütte wurde 1993 abgerissen und durch eine Gartenlaube ersetzt. Diese war in die Jahre gekommen und entsprach nicht mehr den Wünschen und Anforderungen des Jagdpächters. Deshalb erfolgte der Abbruch mit der Zusicherung, an gleicher Stelle ein Ersatzbauwerk zu schaffen. Dies soll im kommenden Jahr angegangen werden. Bürgermeister Kuno Kußmann legt Wert darauf, dass eine Jagdhütte entsteht, die der ursprünglichen Jagdeinrichtung nahe kommt.

Hoffnung für Hundsbach

In der jüngsten Sitzung präsentierte ein Investor seine Vorstellungen zur Wiederbelebung des Schwarzwaldhotels in Hundsbach. Der jetzige Eigentümer hat hierzu grünes Licht gegeben. Ins Gespräch gebracht wurde eine Hotelanlage mit bis zu 250 Zimmern im drei bis vier Sterne-Niveau. Konkrete Planungsüberlegungen wurden vorgestellt. Im Gemeinderat präsentierte sich ein Fachmann, der bereits viele Hotelprojekte realisiert hat. Einstimmig nahm der Gemeinderat diese Überlegungen zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung und den Eigentümer, weiterzuarbeiten. Die Pläne sind mit den Fachbehörden abzustimmen und dann auch der Bürgerschaft vorzustellen. Erst danach wird der Gemeinderat entscheiden, ob und wie es mit der Hotelnutzung in Hundsbach weitergeht.

Klärwerksanierung schreitet voran

Mit dem Einbau zweier Rührwerke ins Regenrückhaltebecken Forbach schreitet die Sanierung der Kläranlage voran. In dieses Großprojekt investiert die Gemeinde insgesamt 2.400.000 €. Bis 2014 soll die Sanierung der Forbacher Kläranlage abgeschlossen sein.